

Panel I: Die rechte Opposition

Christian Klösch

Zerrieben zwischen Nationalsozialismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien

1.) Das Deutschnationale Lager der Zwischenkriegszeit:

Bei den ersten Nationalratswahlen 1919 erreichten rund ein Dutzend Deutschnationale Parteien, die oft nur regional kandidierten, zusammen einen Wähleranteil von 18% und 24 Mandate in der Nationalversammlung. Im September 1920 gelang es aus 17 deutschnationalen Parteien und Ländergruppen beim „1. Reichsparteitag“ in Salzburg die „Großdeutsche Volkspartei“ (GDVP) zu formen. Nur die „Nationalsozialistische Partei“ und die „Deutsche Bauernpartei“ weigerten sich ihre Selbständigkeit aufzugeben, sodass das deutschnationale Lager in der Ersten Republik in drei unterschiedlich große politische Richtungen zerfiel. Bis 1934 bekämpften sich diese drei Parteien zum Teil recht heftig fanden sich aber - insbesondere die Bauernpartei (später Landbund für Österreich) und die GDVP auch immer wieder in politische Koalitionen zueinander, so z.B. 1930 als Landbund und Nationaler Wirtschaftsblock (GDVP) den "Schober-Block" bildeten.

Letztendlich ging das Parteien- und Organisationsspektrum des Deutschnationalen Lagers ab 1930 in der erstarkenden NSDAP auf.

2.) Die Großdeutsche Volkspartei (GDVP):

Die GDVP war die Partei der Beamten, der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Freiberufler. Ihre Hochburgen waren die Ballungszentren und die Bezirkshauptstädte in denen sie vielfach - meist an der Spitze von bürgerlichen Einheitslisten - den Bürgermeister stellte. Ein Großteil der regionalen Tages- und Wochenzeitungen standen der GDVP nahe. Auf Länderebene konnte die GDVP nur kurzfristig mit Wilhelm Kaan 1918/19 den Landeshauptmann der Steiermark stellen. Als Vorfeldorganisationen der GDVP bestanden der „Deutsche Hauer- und Bauernbund“, der „Deutsche Arbeiterbund“, der „Deutsche Jugendbund „Volksgemeinschaft““ und die „Landesfrauenausschüße“. Das Rückgrat der GDVP bildete die alte Beamtenschicht der Monarchie, die es gewohnt war ihren Deutschnationalismus dem Gesamtwohl des Staates unterzuordnen und die als Fachleute geschätzt, aber vielfach keine volksnahen Politiker waren. Die Identifikation der Basis des deutschnationalen Lagers mit der GDVP war sehr gering: Die Funktionärsschicht interessierten sich mehr für die Tätigkeit der Vorfeldorganisationen wie den Turnervereinen, den Burschenschaften, dem Deutsch-österreichischen Alpenverein oder den nationalen Schutzvereinen wie „Südmark“ oder dem

„Deutschen Schulverein“, als für die Parteiarbeit selbst. Als einzige im Nationalrat vertretende Partei hatte die GDVP einen Arierparagrafen in ihren Satzungen, der die Mitgliedschaft von Juden in der GDVP von vornherein ausschloss. Durch die Regierungsbeteiligung der GDVP in Koalitionsregierungen mit den Christlichsozialen von 1920 bis 1932 musste sie auch viele unpopuläre Maßnahmen besonders in der Frage des Abbaus des Beamtenapparats mittragen und konnte andererseits bei deutschnationalen Kernthemen wie dem Antiklerikalismus, Antisemitismus, in der „Anschluss“-Frage und Minderheitenpolitik nicht so radikal auftreten, wie viele ihrer Vorfeldorganisationen. Im Wettkampf der Parteien positionierte sich die GDVP als die einzige Partei, die nicht durch das Ausland gesteuert sei: Sie wandte sich gegen den „Moskauer“ Internationalismus der Marxisten und gegen den „Römischen“ Internationalismus der Christlichsozialen. Doch diese Positionierung half letztendlich nicht dabei ein schärferes Profil zu erlangen, da die GDVP auf Gemeinde- Landes- und Bundesebene oft in antimarxistischen Einheitslisten gerade als Juniorpartner mit den Christlichsozialen koalierte.

Schließlich konnte sie die Interessen von Beamten, Freiberuflern, Bauern, Hausbesitzern, und der deutschnationalen Arbeiterschaft nicht mehr miteinander ideologisch vereinen. Ab Anfang der 1930er Jahre verlor die GDVP ihren Charakter als deutschnationale „Volkspartei“ an die Nationalsozialisten, denen es gelang die heterogenen Interessen des deutschnationalen Lagers mit einer radikalen Rhetorik, die auf die Wiedererweckung des nationalen Ehr-Gefühls zielte, zu vereinen. Im Jänner 1932 schied die GDVP aus der Regierungskoalition zwischen Christlichsozialen und Landbund aus und musste bei Gemeinde- und Landtagswahlen schwere Verluste hinnehmen. Nach dem der Großteil der Wählerschaft in den Jahren 1930-1932 zum Heimatblock und besonders zur NSDAP überwechselte, schlossen die Funktionäre der GDVP im Mai 1933 eine „Kampfbündnis“ mit der NSDAP. Nach zeitgenössischen Schätzungen der Bundespolizeidirektion Wien wechselten 70% der Mitglieder der GDVP zur NSDAP über. Die Partei wandelte sich in einen unpolitischen „Großdeutschen Volksbund“ um, der bis 1938 keinerlei Aktivität mehr entfaltete.

3.) Der „Landbund für Österreich“:

Bereits 1896 wurde in der Steiermark eine erste Bauernpartei gegründet. Die 1906 gegründete „Deutsche Agrarpartei in Österreich“ erreichte bei den Reichsratswahlen 1911 32 Abgeordnetensitze. Mit dem Verlust der deutschsprachigen Gebiete Böhmen und Mährens verlor die Partei 1918 ihre Kerngebiete von denen nur Steiermark, Kärnten und Oberösterreich übrig blieben. Die Initiative, in der neu erstandenen Republik auch eine

Bauernpartei als „unpolitische“ Landesvertretung der Landbevölkerung zu gründen, entstand in der Steiermark. Am 22. Dezember 1918 wurde in Bruck an der Mur der „Deutsche Bauernbund für Steiermark“ gegründet, der bei der Wahl zur konstruierenden Nationalversammlung drei Abgeordnete entsenden konnte. Einer von ihnen war der 1886 in Brand bei Zwettl geborene Leopold Stocker. Am 26. Juni 1920 gründeten nationale Bauernvertretern aus der Steiermark, Kärnten und Niederösterreich die „Deutschösterreichische Bauernpartei“, die im September 1921 ihren Beitritt zum 1919 gegründeten „Deutschen Reichslandbund“, einer unpolitischen, überkonfessionellen Landesvertretung der Bauern in Deutschland erklärte. Als äußeres Zeichen und Symbol für den vollzogenen „Anschluß“ benannte man ihn in „Landbund für Österreich“ um, deren erster Vorsitzende, Leopold Stocker wurde. Der Landbund verstand sich als Interessenspartei der Bauern, Landarbeiter, Forstarbeiter, der Gewerbe- und Handelstreibenden kurz des „gesamten Landvolkes“. Ziel war es dem „Landvolk“ mehr Einfluss im Staat zu verschaffen und am Aufbau eines „Ständestaates“ mitzuwirken. Zwar trat der Landbund als „unpolitische“ und „überparteiliche“ Interessenvertretung auf, im Gegensatz zum Reichslandbund trat er hingegen bei Wahlen an und verfolgte ein politisches Programm das weit über eine reine Interessensvertretung hinausging. Außenpolitisch forderte der Landbund den „Zusammenschluss aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einzigen deutschen Reich.“ Wie alle deutschnationalen Organisationen war der Landbund antisemitisch: Er trat dafür ein das der „schädliche Einfluss des Judentums auf unser, öffentliches, kulturelles und wirtschaftliche Leben“ durch „gesetzliche und wirtschaftliche Abwehrmaßnahmen“ gebrochen werden sollte.

Der Landbund als „freisinnige“ Partei stand zwar „auf christlicher Grundlage“ wollte aber den Einfluss der katholischen Kirche auf Schulwesen, Ehe und Familiengesetzgebung zurückdrängen. Das brachte ihn in Opposition zu den Christlichsozialen ein: Leopold Figl, Sekretär des Bauernbundes bezeichnete die Funktionäre des Landbunds einmal als „religionslose Gesellen.“

Die Hochburgen des Landbundes waren die agrarischen Gebiete der Steiermark, Kärntens, Oberösterreichs, des Burgenlandes und das Waldviertel. In Kärnten stellte der Landbund von 1923-27 mit Vinzenz Schumy und von 1931-1934 mit Ferdinand Kernmayer den Landeshauptmann. In Burgenland war der Landbundler Alfred Walheim 1923/24 und 1931-34 Landeshauptmann. In der Steiermark war Karl Hartleb bis 1934 Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer.

Von 1927 bis September 1933 war der Landbund Teil der Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen, zuletzt nach dem Ausscheiden der GDVP mit dem Heimwehren. Innerhalb des Landbunds spitzten sich die Gegensätze zwischen der "ständischen" Fraktion um Vinzenz Schumy und dem "nationalen" Lager um den Vizekanzler im Kabinett Dollfuß, Franz Winkler und dem oberösterreichischen Landbundminister Franz Bachinger immer mehr zu.

Vinzenz Schumy stand der Etablierung eines autoritären Staates auf berufsständischer Grundlage positiv gegenüber. Er sah in der Etablierung des Ständestaates den besten Weg berufsständische Politik für das Landvolk umzusetzen. Franz Winkler hingegen, versuchte zunächst einen "deutschnationalen" Sonderweg jenseits des Nationalsozialismus zu gehen. So versuchte er im Sommer 1933 durch Gründung der „Nationalständischen Front“, ein deutschnationales Gegengewicht zu den austrofaschistischen Heimwehren innerhalb der „Vaterländischen Front“ zu bilden. Die Politik des Landbundes unter Franz Winkler orientierte sich 1933/ 34 an folgenden Zielsetzungen:

- + Verhinderung einer engeren außenpolitischen Orientierung an Italien
- + Zurückdrängung des Einflusses der Heimwehr auf die österreichische Innenpolitik
- + Widerstand gegen die Errichtung eines autoritären Ständestaates und die Maiverfassung von 1934
- + Widerstand gegen die Aushöhlung des Rechtsstaates durch das Dollfuß-Regime und Festhalten an der republikanischen Staatsform und der Verfassung von 1929.
- + Einbindung des nationalsozialistischen Deutschlands in die Lösung der österreichischer Fragen unter gleichzeitiger Etablierung einer eigenständigen deutschnationalen Politik in Österreich ohne nationalsozialistischer Beeinflussung.

Die Politik von Franz Winkler scheiterte einerseits am Widerstand der erstarkten Heimwehr, die es verstanden den Landbund aus der Regierung zu drängen. Sie scheiterte an der eigenen Parteibasis, die ab Jänner 1933 verstärkt ins nationalsozialistische Lager abwanderte und sie scheiterte an der "Anschlusssehnsucht" der führenden Landbundpolitiker selbst: Franz Winkler, lange Jahre ein scharfer Kritiker der NSDAP, schloss im Mai 1934 ein Abkommen mit der NSDAP, in dem der Landbund in die NSDAP übergeführt wurde. Winkler dürfte auch in die Vorbereitungen der Juliputsches selbst involviert gewesen sein, da sein Name auch auf der Ministerliste der Juliputschisten zu finden war. Den Ausgang des Putsches wartete er in der Tschechoslowakei ab von wo er nicht mehr nach Österreich zurückkehrte. Sein Buch "Diktatur in Österreich", veröffentlicht 1935 in der Schweiz, erregte großes internationales Aufsehen und wurde von sozialdemokratischer Seite positiv rezipiert. Darin

befinden sich interessante politische Analysen über die Jahre seiner Regierungsverantwortung und aufschlussreiche Lücken über sein Verhältnis zum Nationalsozialismus.

Nach der Auflösung des Landbundes am 18. Mai 1934 trat nach Schätzungen ein Drittel der Landbundmitglieder – besonders die Anhängerschaft um Vinzenz Schumy, Stefan Tauschitz und Franz Thoma – in die Bauernorganisationen des austrofaschistischen Ständestaats über, der größere Teil jedoch war bereits zum Nationalsozialismus übergelaufen. In Kärnten fungierte der ehemalige Landeshauptmann Ferdinand Kernmaier als Führer der illegalen NS-Bauernschaft und Fritz Kronegger, Führer der Bauernwehr, war auch gleichzeitig stellvertretender SA-Führer.

4.) Fallbeispiele für Widerstand und Kollaboration mit den Nationalsozialisten: Die Großdeutschen Dr. Viktor Mittermann und Julius Kampitsch

Nur wenige Großdeutsche nahmen zu den Nationalsozialisten eine offen oppositionelle Haltung ein, so wie der Kremser Gymnasiallehrer Dr. Viktor Mittermann, der von 1921-1932 Landtagsabgeordneter, von 1923-1927 Dritter Landtagspräsident und von 1927-1932 Landesrat von Niederösterreich war. Im März 1932 trat er zu den Christlichsozialen über und erklärte seinen Schritt in einem Artikel in der „Kremser Zeitung“, in dem er sich gegen die „kleindeutschen Nationalisten“ aussprach und einen starken „österreichischen Sonderstandpunkt“ innerhalb der Deutschen Nation einforderte. Mittermann engagierte sich in der „Arbeitsgemeinschaft des Politischen Büros“, in dem „christlich-konservative und Deutsch-nationale Anhänger des Gesamtdeutschen Gedankens“ zusammenarbeiteten. 1935 gründete er die Zeitschrift „Volk und Staat. Eine Kampfschrift für Österreich“, die allerdings in nur einigen wenigen Exemplaren erschien. Darin wandte er sich gegen eine „nationalistische-sozialistische Revolution“, die „dem ältesten deutschen Staat“ maximal „eine provinzielle Rolle einräume.“ Als Gegenentwurf zum „preussisch-kleindeutsche-alldeutsche“ geprägten Deutschtum stellt er das „gesamtdeutsche“ Österreichertum entgegen, das „weltoffen“ und „deutsch“ zugleich sei und das im Ständestaat, als organischer Fortsetzung der Staatsidee des Habsburgers Franz II, am besten verwirklicht sei. Mittermann beschwor die Fortführung der Traditionslinien der „Wiener Romantik“ und des „Biedermeier“ und pochte auf die Eigenstaatlichkeit: „Österreich ist nicht Ostmark im Sinne einer untergeordneten Funktion gegenüber dem Reiche, es ist auch nicht Bestandteil oder Bruchstück, sondern ein in sich geschlossenes Wesen mit eigener Geschichte und Wirtschaft, eine historisch-politische Individualität mit Persönlichkeitswerten und Persönlichkeitsrechten.“

Für die Nationalsozialisten war der „der neue Österreicher“ Mittermann „Wortführer deutscher Geschichtsverfälschung“. Vollends zum Feindbild wurde er, als er nach dem Tod seiner Frau im Mai 1936 eine jüdische Wiener Geschäftsfrau heiratete und im Frühjahr 1937 die private Lehranstalt „Institut für Österreichkunde“ mit der Zielsetzung gründete, durch „Einführung in die nationale Kultur und Wesenheit Österreich“ unter Berücksichtigung der „romanisch-slawischen-magyarischen Umwelt“ eine „christlich-abendländischen Gesinnungsbildung“ zu fördern.

Nach dem „Anschluß“ wurde Mittermann am 13. Mai 1938 verhaftet. Seine Überführung ins KZ Dachau am 16. Juli 1938 konnte auch sein Sohn, der seit 1934 illegaler Nazi und später Mitglied der SS war nicht verhindern. In Dachau wurde der schwer kranke Mittermann in eine Strafkompagnie eingewiesen. Am 27. Juli 1938 um 18h03 wurde er auf dem SS-Schiessplatz Prittelbach bei Dachau hingerichtet. Sein jüdische Frau Stefanie überlebte die NS-Zeit unter anderem als U-Boot in Wien.

Einen anderen Weg beschritt der Payerbacher Hotelier Julius Kampitsch (1900-1974), der als Großdeutscher zunächst Landesleiter des „Heimatschutzes“ in Niederösterreich war. Zunächst wurde er wie Mittermann ein Anhänger des Ständestaates: 1934 wurde er niederösterreichischer Landesrat und von 1935-1938 sogar Landeshauptmannstellvertreter. 1937 wurden seine intensiven Kontakte zur NSDAP bekannt und dass er ein treuer Gefolgsmann des illegalen Landesleiters Hauptmann Leopold war. Auf Grund einer Intervention von Bundeskanzler Schuschnigg blieb er aber im Amt, der wohl hoffte, so Einfluss auf die illegale Landesleitung zu gewinnen. Nach dem „Anschluss“ wurde Kampitsch zunächst für einen Tag Landeshauptmann dann bis August 1938 Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich. Nach dem Krieg wurde er in seinem Volksgerichtsverfahren 1946 zu 20 Jahren Haft verurteilt, jedoch bereits 1949 begnadigt und aus der Haft entlassen. 1951 findet man ihn als Funktionär der Handelskammer wieder.

5.) Offene Forschungsfragen:

1. Wodurch geriet die deutschnationalen Mittelparteien in das Fahrwasser der NSDAP und wie kamen die Kooperationsvereinbarungen zwischen Landbund bzw. GDVP und NSDAP zustande?
2. Wie wurde das deutschnationale Vereinsspektrum in die NS-Bewegung eingegliedert?
3. Wie kämpfte die demokratisch orientierte, deutschnationale Opposition gegen die Etablierung eines austrofaschistischen Ständestaates?

4. Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen GDVP bzw. Landbund und der Sozialdemokratie?
5. Welche Rolle spielte der Landbund und dessen "Bauernwehr" bei den Vorbereitungen zum Juliputsch?
6. Welche Rolle spielten Landbund und GDVP Funktionäre beim Juliabkommen 1936?
7. Was waren die genauen politischen Zielsetzungen der Nationalständische Front / Nationale Aktion ?
8. Welche politischen Konzepte eines Sonderweg Österreichs - entweder als eigenständigen zweiten "deutschen Staat", oder als starke Regionalmacht innerhalb des Deutschen Reiches - gab es im deutschnationalen Lager?
9. Politische Biografien von führenden FunktionärInnen der GDVP und Landbundes im Austrofaschismus, NS-Zeit und in der Zweiten Republik.
10. Welche Entwicklung nahmen die deutsch-nationalen Arbeitervereine und der deutschnationalen Gewerkschaften in Österreich in der Ersten Republik?

Verwendete Literatur:

Ackerl, Isabella: Die Großdeutsche Volkspartei 1920-1934. Versuch einer Parteigeschichte, Diss. Wien 1967.

Bärenthaler, Irmgard, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation, Wien 1971.

Feldmann, Angela: Landbund für Österreich - Ideologie - Organisation - Politik, Diss. Wien 1967.

Gasselich, Anton: Der Landbund für Österreich, In: Deutscher Geist in Österreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens in der Ostmark, Wache Karl (Hrsg), München 1933, S. 227-240.

Haas, Alexander: Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluss auf die österreichische Politik 1918-1934, Graz 2000.

Höbelt, Lothar: Die Parteien des nationalen Lagers in der ersten Republik, In: Carinthia I, Klagenfurt 1989, S. 359-384.

Höberlt, Lothar: Vom ersten zum dritten Lager: Großdeutsche und Landbund in der Ersten Republik, In: Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament, Hg. Karner, Stefan, Wien 2008, S. 81-88.

Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur 1933-1938, Hg. Emmerich Talos (u.a.), Wien 2005

Jung, Karl, Die Großdeutsche Volkspartei, in: Deutscher Geist in Österreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark, Hg. Wache, Karl, Dornbirn 1933, S. 173-226.

Klösch, Christian, „Des Führers heimliche Vasallen.“ Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal, Wien 2007.

Klösch, Christian, Das „Dritte Lager“ in Niederösterreich 1918-1996, In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1. Politik in der Gesellschaft, Hg. Eminger, Stefan (u.a.), St. Pölten 2008, S. 565-601.

Kriechbaum, Robert: Der Landbund. Historische Entwicklungslinien einer deutschnationalen Milieupartei in der Ersten Republik. In: Brennpunkt Europa. Festschrift für Helmut Rumpfer zum 65. Geburtstag. Hg. Burz, Ulfried (u.a.), Klagenfurt 2000, S. 519-534.

Sauer, Manfred: Die „Großdeutsche Volkspartei“ und der „Landbund für Österreich“ in der ersten Republik, In: Freie Argumente, 1974, Folge 2, S. 19-38.

Schafranek, Hans: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006.

Sedlacek, Nadja: Eine Geschichte des Landbundes für Österreich mit besonderer Berücksichtigung der Landesorganisation Niederösterreich, Dipl. Wien 1996.

Vogel, Bernd: Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Die Großdeutsche Volkspartei und die Nationalsozialisten in Vorarlberg, In: Regionalgeschichte - Nationalgeschichten. Festschrift für Gerhard Wanner zum 65. Geburtstag, Feldkirch 2004, S. 263-287.

Weis, Paul: Die Organisation der Großdeutschen Volkspartei 1920-1934, Dipl. Wien 1994

Winkler, Franz: Die Diktatur in Österreich, Zürich 1935.